

# Ein Schlag ins Wasser

Von einer agrarökonomischen Tagung in Gießen, die ihren Auftrag nicht erfüllen konnte

Vom 17. bis 19. Oktober 1960 trat in Gießen die westdeutsche „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus“ zu ihrer ersten Jahrestagung zusammen. Als Thema dieser Beratung war „Das Betriebsgrößenproblem in der Landwirtschaft im Blickfeld der verändernden ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen“ angegeben. Wenn wir auf diese Tagung eingehen, dann nicht deshalb, weil sie wissenschaftlich bedeutungsvoll gewesen wäre. Wir haben sie vielmehr deshalb hervor, weil sie als Gegenveranstaltung zum Symposium der Landwirtschaftlichen Fakultät über „Das Problem der Betriebsgröße in der Landwirtschaft“, das aus Anlaß der 550-Jahr-Feier der Karl-Marx-Universität durchgeführt wurde, eine Reihe charakteristischer Merkmale der Krise des Bonner Regimes offenbarte.

Was den wissenschaftlichen Gehalt dieser Tagung betrifft, so genügt es weitgehend, aus der Einschätzung der westdeutschen „Agrarsozialen Gesellschaft“ zu zitieren (Rundbrief XI/10): „Man hatte nicht den Eindruck, daß alle Referenten die Protokolle von Leipzig gelesen hätten. Anderswo pflegt man das Beste zu geben, wenn man vor dem denkbar kritischsten Publikum den Kollegen, spricht, in Gießen war das bei den meisten Referenten nicht der Fall.“

Die „Agrarsoziale Gesellschaft“ kommt deshalb zu der — nach unserer Auffassung — zurückhaltenden Schlussfolgerung, daß das Ergebnis dieser Tagung „unbefriedigend“ war.

Welchen Zweck aber hatte die Tagung tatsächlich? Die große revolutionäre Umwälzung in den Dörfern der DDR im Frühjahr dieses Jahres, in deren Ergebnis sich alle Bauern freiwillig in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammenschlossen, hat große Auswirkungen für die Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und für den entschlossenen Widerstand der westdeutschen Bauern gegen die Politik des „Grünen Plans“, der den Ruin der Klein- und Mittelbauern zum Ziele hat. In der DDR hat sich im Prozeß der sozialistischen Umgestaltung die politisch-moralische Einheit des Volkes gebildet und gefestigt und wirkt in starkem Maße auf die Bevölkerung in Westdeutschland. Der Gedanke der Genossenschaften gewinnt auch unter den westdeutschen Bauern immer mehr an Einfluß, wie sich beispielsweise an der Bildung von 8000 Maschinen- und Traktoren-Genossenschaften allein im Lande Hessen zeigt. Ein Beweis dafür ist auch die Tatsache, daß die ungeheure Hetze gegen die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft bei den westdeutschen Bauern abprallte und im Gegenteil viele westdeutsche Bauern die DDR besuchten bzw. Genossenschaftsbauern baten, in Westdeutschland über die LPG zu berichten.

Diese Tatsachen haben die herrschenden Militaristen nervös gemacht. Sie verlangen deshalb von den westdeutschen Agrarökonomien das Unmögliche: nachzuweisen, daß die LPG kein Weg für die deutschen Bauern sei. Wir müssen feststellen, daß ein Teil der westdeutschen Agrarökonomien offensichtlich diesem Druck nachgibt und mit der Erfüllung des Auftrages des Bonner Re-

gimes seinen wissenschaftlichen Ruf zu untergraben beginnt. Im Leipziger Symposium wurden gründlich die Möglichkeiten der verschiedensten Betriebsformen geprüft und schließlich der sozialistische Großbetrieb als der Betrieb erkannt, der am besten den Interessen der Bauern wie der Gesellschaft entspricht. Die westdeutschen Agrarökonomien gingen im Gegensatz dazu von den zwei Grunddogmen aus, die LPG sei dem kapitalistischen „Lohnarbeitsbetrieb“ in seinem Charakter gleich und der „Familienbetrieb“ stelle die einzig richtige Betriebsform dar. Diese Dogmen sind ihnen von der gegenwärtigen Herrschaft des westdeutschen Militarismus gesetzt, und aus diesem Grunde konnten sie auch die Ergeb-

- „Die Protokolle von Leipzig nicht gelesen“
- Was die Militaristen nervös macht
- „Familienbetrieb“ von 150 Hektar
- Argumente, die nicht ziehen
- Die Vorzüge der LPG strahlen aus

nisse des Leipziger Symposiums — das gerade die Unhaltbarkeit dieser Dogmen nachwies — nicht objektiv prüfen.

Der Sinn der Tagung bestand also darin, den Militaristen Schützenhilfe zu geben in ihrem Kampf gegen die Bauern in Westdeutschland. Das wird noch an einer anderen Tendenz deutlich.

In der DDR haben die Bauern den Schritt in die LPG nach reiflicher Überlegung getan. In der jahrelangen Entwicklung unserer Genossenschaftsbewegung zeigte sich immer deutlicher, daß der sozialistische genossenschaftliche Großbetrieb Voraussetzung für den sozialen und kulturellen Aufstieg der Bauernschaft ist. So bietet die LPG die besten Möglichkeiten zur optimalen Auslastung der Maschinen. Es ist von großer Bedeutung für ihre Rentabilität, ob beispielsweise ein Traktor nur 800 Stunden oder 1500 Stunden im Jahr eingesetzt ist, denn mit der erhöhten Auslastung der Maschinen sinken die Kosten je Hektar ganz erheblich. Es zeigt sich ferner, daß durch die Arbeitsteilung in den LPG eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität eintritt, mit der eine wesentlich höhere Qualität der Arbeit verbunden ist. Auf diesem Wege gelingt es in zunehmendem Maße, die Arbeitszeit der Bauern bei gleichzeitiger Erhöhung der Marktproduktion der der Arbeiter in der Industrie anzugleichen. Das wiederum läßt den Genossenschaftsbauern endlich an den Gütern der menschlichen Kultur teilhaben, die ja in erster Linie für die Werktätigen geschaffen wurden.

Das, was hier nur angedeutet werden kann, sind Errungenschaften der DDR, die ihren Einfluß auf Westdeutschland nicht verfehlen. Gerade aus diesem Grunde beginnen sich die Bauern in Westdeutschland mit den Ideen und der Praxis des Sozialismus zu beschäftigen. Die Tagung in Gießen hatte deshalb die Aufgabe,

der westdeutschen Propaganda Argumente zu liefern, die gegen die Gedanken und Bestrebungen der werktätigen Bauern gerichtet sind. Die Einschätzung der „Agrarsozialen Gesellschaft“ darf wohl mit Recht dahin ausgelegt werden, daß diese Aufgabe als unerfüllt betrachtet wird.

Die westdeutschen Agrarökonomien unternahmen den untauglichen Versuch, die Tendenzen zum Großbetrieb in Westdeutschland zu verschleiern. Man halte sich vor Augen, daß in den letzten Jahren 220 000 Betriebe in der Größenordnung bis zehn Hektar durch die Bonner Agrarpolitik beseitigt wurden. Die Bauern, die auf diese Weise ihren Hof verloren, wanderten größtenteils in die Industrie ab. Es wirkt bei diesem Tatbestand nahezu grotesk, wenn von den westdeutschen Agrarökonomien behauptet wird, in Westdeutschland wirke die Tendenz zum Großbetrieb nicht.

Noch deutlicher wird das, wenn wir folgendes zur Kenntnis nehmen: Während in der Vergangenheit Betriebsflächen bis zu 30 ha als „Familienbetriebe“ angesehen werden, wird diese Größe heute allgemein als Minimum betrachtet; stattdessen gibt man bereits Nutzflächen bis zu 150 ha als für den „Familienbetrieb“ notwendig an. Darüber hinaus werden Auffassungen einiger Wissenschaftler, die sich betonen auf bestimmte Größen festlegen, der Kritik unterzogen und ihre Äußerungen als „statistisches Denken“ gekennzeichnet.

Diese Argumente bestätigen nur die Tatsache, daß die Agrarpolitik der Militaristen zum Ruin weiterer hunderttausender westdeutscher Bauern führt. Es ergibt sich für die westdeutschen Bauern aus dieser Entwicklung, daß das Beispiel der DDR nur noch anziehender wird, denn hier wird ihnen bewiesen, daß die bäuerliche Existenz nicht nur endgültig gesichert ist, sondern darüber hinaus durch den Weg zur Bildung, Kultur und Erholung, den die LPG öffnet, erst sinnvoll wird.

Alle Versuche, demgegenüber die Lebensfähigkeit und Kraft der LPG anzuzweifeln, sind deshalb zum Scheitern verurteilt, weil sich die westdeutschen Bauern ständig von den Fortschritten der sozialistischen Genossenschaften in der DDR überzeugen können.

Alles in allem hat Gießen gezeigt, daß die DDR ein Dorn in den Augen der Militaristen ist. Durch das Vorbild der sozialistischen Landwirtschaft wächst die Erkenntnis unter den werktätigen Bauern, daß das Bauernleben in Westdeutschland nicht naturnotwendig ist, sondern durch verhindert werden kann.

So ergibt sich als Schlussfolgerung, daß erhöhtes Tempo bei der Festigung unserer LPG den Widerstand der werktätigen Bauern gegen die Militaristen verstärkt wird. Dazu beizutragen durch erhöhte Intensität und klarere Konzeption bei der Verwirklichung des Forschungsvorhabens „Grundlagen für die wissenschaftliche Organisation der Landwirtschaft im Bezirk Leipzig“ müßte das Anliegen der Landwirtschaftlichen Fakultät sein.

Gerhard Jung

Prof. Dr. Uebermuth widerlegt Verleumdungen der Westpresse

## Wir stehen zum ärztlichen Ethos



In den letzten Tagen verbreiteten die Westpresse und der westdeutsche Rundfunk die auf mich gerichtete Verleumdung, ich sei als Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik in Leipzig seit Anfang des Jahres an der „Massenfucht“ von Ärzten deshalb schuldig, weil ich in „politischer Aktivität“ „politischen Druck“ ausübe, weil ich „gesellschaftspolitische Betätigung“ verlange und meine Ärzte nicht zur Habilitation zulasse, wenn sie „nicht zuvor ein Treuebekenntnis zum Arbeiter-und-Bauern-Staat“ ablegen.

Ohne daß vor Drucklegung eine Prüfung der Anschuldigung für nötig befunden worden wäre, ohne daß am schnellsten durch telefonische Rückfrage bei meinen habilitierten Mitarbeitern oder bei mir selbst unsere Aussagen eingeholt worden wären, wurde einem Manne volle Glaubwürdigkeit geschenkt, der über zehn Jahre die bevorzugte Förderung unseres Staates genossen hatte, um dann auf einmal die politischen Verhältnisse in der Klinik angeblich nicht mehr ertragen zu können, während gegen mich, den Direktor der Klinik, nach jahrelanger gleichmäßiger Führung derselben von vornherein die Verleumdungen übernommen wurden. Im Grunde zum Überdruß bekannte Kampfmethoden Westdeutschlands gegen uns!

Natürlich sprachen wir in meinem Arbeitskreis über politische Fragen — selbstverständlich immer ohne Terrorisierung! Natürlich hielten wir Konferenzen politischen Inhalts ab, deren Teilnahme selbstverständlich jedem freigestellt war! Natürlich nahm ich mir die Freiheit, Nachwachskräfte an die sozialen Probleme unserer Staatsform heranzuführen, aber immer ohne jede Erpressung für das weitere Vorwärtkommen.

Und schließlich dürfte ich wohl auch ebenso wie Kollegen in Westdeutschland Ansichten über Artzium und Sozialismus in Wort und Schrift vertreten, ohne hierbei auch nur einmal Bekenntnisse anderer erzwungen zu haben.

Die „Massenfucht“ von angeblich acht Ärzten seit Anfang des Jahres

bestand in Wahrheit von drei von insgesamt 37 Ärzten der Klinik, wovon sich ein Oberarzt von reichlich einjähriger Amtsdauer befindet. Auf dessen Aussagen stützen sich zweifellos die vom Informationsbüro West am 2. November 1960 ausgestreuten Verleumdungen. Offenbar erstrebte dieser von mir in jeder Weise geförderte Oberarzt durch Verlage einer entstellten Auslegung die Anerkennung als „politisch Verfolgter“.

Fünf Habilitierte aus der Amtszeit meiner Klinikleitung, von denen einer der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands angehört, haben aus eigenem Antrieb voller Empörung eine Erklärung zu dem Verhalten des ehemaligen Kollegen unterschrieben, wonach die gegen mich vorgebrachten Vorwürfe als völlig unwahr bezeichnet werden.

Es dürfte verständlich sein, daß sich darüber hinaus Gedanken aufdrängen, die überhaupt die Republikflucht von Ärzten und damit die in unserer Zeit umstrittene, aber auch mit gleicher Leidenschaft vertretene ärztliche Sittenverpflichtung, das ärztliche Ethos, angehen.

Welche Gründe es auch sind, die Ärzte zur Republikflucht bewegen haben, gegen jeden muß der Vorwurf erhoben werden, er habe das ärztliche Ethos mißachtet und den hippokratischen Eid gebrochen, den er einmal als werdender Arzt abgab. Denn dort, wo ihn das Schicksal hinstellte, hat er nicht die Treue zu seinen Kranken aufgebracht und sie eines Tages verlassen, ohne sich ein Gewissen daraus zu machen, daß sie, seine deutschen Landsleute, Menschen seiner eigenen Nation, seine Hilfe brauchten.

Wie fern stehen solche Ärzte jenen Männern wahrhafter ärztlicher Berufung, die ihre Gesundheit und sogar ihr Leben für ihr Artzium gaben.

Hat danach jener westdeutsche Gelehrte in seinem Buch „Der Arzt“ recht, wenn er es bestreitet, daß es noch ein ärztliches Ethos gibt? Mit Entschiedenheit sagen wir nein! Wir wehren uns gegen solche resignierende, pessimistische Grundeinstellung, welche die Geisteshaltung Westdeutschlands auch sonst kennzeichnet. Wir verpflichten uns so unflüchtig jenem Artzium, dessen Sittengesetze unanfechtbar durch die Jahrhunderte unserem verantwortungsschweren Beruf auferlegt sind. Es ist mir bekannt, daß eine immer größere Zahl westdeutscher Ärzte unser Urteil über das Verhalten republikflüchtiger Ärzte teilt.

Sollte nicht die Erkenntnis bestimmend sein, daß in unserer Gesellschaftsform, im Humanismus, dem höchsten Inhalt allen Artziums, im Kampf gegen Krankheit und Armut, gegen Kriegselend und Vernichtung, für den Frieden und gegen militaristische Umtriebe edelste Ziele verfolgt werden?

Können einem Arzt als Hüter des Lebens und der Gesundheit solche Zusammenhänge verschlossen bleiben?

Wir entnehmen diesen Beitrag der LVZ vom 18. November 1960.

## Hauptinhalt unserer Epoche und Deutschlandfrage

Zu Diskussionen in den ersten Zirkelabenden der Parteischulung 1960/61

All diese Versuche mußten freilich scheitern. Aber besonders die deutschen Militaristen haben aus ihren Niederlagen keine Lehren gezogen.

Der Sozialismus konnte nicht nur nicht vernichtet werden, sondern er siegte in zahlreichen Ländern Europas und Asiens und umfaßt heute ein Viertel des Territoriums und ein Drittel der Bevölkerung der Erde. Bereits Lenin wies darauf hin, daß der Kampf zwischen den beiden Systemen letzten Endes auf dem Gebiet der Ökonomie entschieden wird. Heute sind durch die Stärke des sozialistischen Lagers, die nationale Befreiungsbewegung und die demokratische und Friedensbewegung in allen Ländern die Möglichkeiten gegeben, den Krieg für immer aus dem Leben der Völker zu verbannen.

Seit 1917 kämpft die Sowjetunion —

und später schlossen sich die neu entstandenen sozialistischen Staaten diesem Kampf an — für einen festen und dauerhaften Frieden, gegen jegliche Kriegspläne der Imperialisten. Diese Auseinandersetzung berührt unmittelbar alle Menschen, alle Klassen und Schichten. Nicht nur die Arbeiter, Bauern und die Mittelschichten, sondern auch breite Kreise der Bourgeoisie haben in dieser Frage objektiv gleiche Interessen. Daraus ergibt sich die breite Front des Friedenskampfes gegen die militaristischen Kriegstreiber.

Damit ist der Widerspruch zwischen den friedliebenden Kräften und den Kriegstreibern, der auch in den kapitalistischen Ländern selbst wirksam ist, zu einem wesentlichen Widerspruch unserer Epoche geworden.

In Deutschland geht der Kampf zwischen den zwei gesellschaftlichen Systemen, zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Daraus ergibt sich die geschichtliche Aufgabe des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates: die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung auf allen Gebieten vor dem ganzen deutschen Volk zu beweisen. Dafür ist entscheidend die maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die schnelle Eroberung der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik durch die Arbeiterklasse und die Intelligenz und die Anwendung der neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft in der Produktion. Die Tat jedes Werktätigen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität bringt nicht nur ihm selbst, sondern dem ganzen Volk Nutzen. Sie ist auch eine politische Tat, denn indem sie hilft, den Lebensstandard zu steigern, trägt sie zugleich dazu bei, den Frieden zu sichern und die nationale Frage in Deutschland zu lösen. Die Erringung der Überlegenheit des Sozialismus wird die Arbeiterklasse beider deutscher Staaten befähigen, ihre historische Aufgabe zu lösen, den deutschen Militarismus die Zügel anzulegen, ihnen die staatliche Macht zu entreißen und sie zu zwingen, sich einer demokratischen, friedliebenden Ordnung zu beugen.

(Aus dem Entwurf des Arbeitsgesetzbuches der DDR)

Die konsequentesten Friedenskämpfer waren, sind und bleiben die Kommunisten. Sie allein erstreben oder bauen schon im sozialistischen Lager eine Gesellschaftsordnung auf, der Eroberung und Kräfte wesensfremd sind. Nur der Frieden garantiert der sozialistischen Völkerfamilie — einen ständig steigenden Wohlstand, nur ein ständiges Wettbewerben mit dem Kapitalismus können die großen ökonomischen Ziele erreicht werden. Indem sich nun immer mehr Menschen um die Erhaltung des Friedens bemühen, sich dieser allgemein demokratischen Bewegung anschließen und mit ihr gegen die imperialistischen Machenschaften kämpfen, nähern sie sich der sozialistisch-kommunistischen Bewegung, in der sie in wachsendem Maße die Vertreterin ihrer ureigensten Interessen erkennen.

So zeigt sich auch darin der Hauptinhalt unserer Epoche, der Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab. Aber diesen Hauptinhalt unserer Epoche und den Grundwiderspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus nicht zu erkennen führt zu revisionistischen und dogmatischen Schlussfolgerungen.

Im zweiten Zirkelabend der Germanisten-Anglisten wurde die Auffassung vertreten, daß sich der Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus auch auf Deutschland auswirke. Eine solche Formulierung geht an der Tatsache vorbei, daß in Deutschland sowohl die Kräfte des Sozialismus wie des Kapitalismus und damit auch der Widerspruch zwischen ihnen existieren. Natürlich wirkt dieser Widerspruch auch in Deutschland. Er erscheint sichtbar in den beiden deutschen Staaten: der DDR, dem deutschen Friedensstaat, und dem klerikal-militaristischen System Westdeutschlands. Dieses System

ist die staatliche Manifestation der reaktionärsten Kreise der westdeutschen Monopolliberalen und Militaristen, die im Verein mit den kriegsübleren USA-Imperialisten eine Aggression gegen das sozialistische Lager vorbereiten. Ihre Interessen sind den Interessen des friedliebenden deutschen Volkes entgegengesetzt.

Die atomare Kriegsplanung der Bonner Militaristen bedrohen die Existenz der deutschen Nation. Der tiefe Inhalt der Deutschlandfrage ist deshalb die Erhaltung des Friedens, die Bändigung der deutschen Militaristen, wie dies in den Beschlüssen unserer Partei und Regierung und besonders in der programmatischen Staatsratsklärung des Genossen Walter Ulbricht eindringlich nachgewiesen wird. Gerade auf die programmatische Staatsratsklärung sollte in allen Zirkeln viel stärker eingegangen werden.

Durch die Lösung des Hauptwiderspruchs in Deutschland zwischen den friedliebenden Kräften des ganzen deutschen Volkes auf der einen und den westdeutschen Militaristen und Revanchisten auf der anderen Seite — auf dem Wege der Bändigung der westdeutschen Militaristen — machen wir den Weg frei für eine glückliche Zukunft des ganzen deutschen Volkes.

So zeigt sich, worauf Genosse Walter Ulbricht in der programmatischen Staatsratsklärung ausdrücklich hingewiesen hat, im Zusammenhang zwischen dem Hauptinhalt unserer Epoche und der Deutschlandfrage erneut die historische Rolle der Deutschen Demokratischen Republik als einzig rechtmäßiger deutscher Staat.

Auch in Deutschland wird die Entwicklung durch die Kräfte des Friedens und des Sozialismus bestimmt; sie haben in der sozialistischen DDR ihre Heimstätte. Unserem Staate fällt damit bei der Lösung des Hauptwiderspruchs in Deutschland eine große Verantwortung zu.

Universitätszeitung, 23. 11. 1960, S. 3